

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonntagabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbremer, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Röllischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 1 Mk.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlung 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Für den Fortschritt.

Wer wollte nicht für den Fortschritt eintreten? Es ist der Stolz der organisierten Arbeiterschaft, unablässig für den Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu wirken, und wenn man Umschau hält, wird man finden, daß dieses Wirken nicht vergeblich war, trotz der Widerstände, die sich überall entgegenstellten. Wenn wir trotzdem von dem angestrebten Idealzustand noch recht weit entfernt sind, so haben wir das hauptsächlich dem mangelnden Verständnis für unsere Bestrebungen zu danken, von dem auch viele Kreise derer erfaßt sind, denen der angestrebte Fortschritt zum größten Vorteil gereichen würde. Ein tiefer Sinn liegt in dem Wort von dem „Unverstand der Massen“, der nach dem bekannten Lied der Feind ist, den wir am tiefsten hassen.

In der Physik spricht man von dem Gesetz der Trägheit, dem Beharrungsvermögen, das darin besteht, daß jeder Körper das Bestreben hat, in dem Zustand, sei es Ruhe oder Bewegung, zu bleiben, in dem er sich befindet. Dieses Gesetz der Trägheit läßt sich in gewisser Hinsicht auch auf die breite Volksmasse anwenden. Sie ist nur schwer aus der Ruhe zu bringen; wenn sie aber erst begriffen hat, was es sich handelt, wenn sie sich in Bewegung gesetzt hat für eine neue Idee, dann wird sie zum Strom, der jeden Widerstand überwindet.

Die schwierigste Aufgabe für die vorwärtstrebenden Führer ist es, die Massen für ihre Gedanken empfänglich zu machen. Die Masse ist im Grunde konservativ, das heißt, sie liebt es, an dem Bestehenden und Allgewohnten festzuhalten. Alles Neue wird zunächst mit Mißtrauen betrachtet. Es ist ja bisher alles so gut gegangen, warum sollen wir das Liebgewordene, Herkömmliche ändern? Das bringt nur Unbequemlichkeiten mit sich. Man muß das Neue, das als das Bessere, als ein Fortschritt empfohlen wird, selbst durchdenken und prüfen. Dabei ergibt sich die Notwendigkeit, mit unbekanntem Größen zu rechnen. Sind die angelegten Erwägungen richtig, wird all das, was wir erwarten, auch wirklich eintreten? Ehe wir uns für etwas Ungewisses einsetzen, das uns in der Zukunft wirrt, wollen wir doch lieber das bewährte Alte erhalten. Das sind die konservativen Gedankengänge, und wer sich selbst aufmerksam prüft, wird finden, daß ihm noch recht viel davon anhaftet. Auch viele, die sich selbst als Vertreter eines radikalen Fortschritts halten, sind im Grunde ihres Herzens, sich selbst kaum bewußt, doch recht konservative Spießbürger.

Das eben Angeführte gilt sowohl für die großen, weltbewegenden Gedanken als auch für das Wirken im engen und engsten Kreise. Nehmen wir als Beispiel nur unsere Gewerkschaftsarbeit. Wieviel Mühe und Arbeit muß nicht darauf verwendet werden, den Unorganisierten für den Verband zu gewinnen. Er fühlt das Elend des Arbeiterdaseins am eigenen Leibe. Er begehrt auch, wenn man es ihm klarmacht, daß die Lage der Arbeiter wesentlich gebessert werden kann, wenn die Arbeiter eines Sinnes werden, wenn sie sich zu starken Organisationen zusammenschließen. Er sieht ein, daß der einzelne willenlos der Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist, daß aber die Selbstherrlichkeit des Unternehmers stark eingeschränkt wird, wenn er es nicht mehr mit dem einzelnen Arbeiter, sondern mit der Arbeiterorganisation zu tun hat. Von dieser Erkenntnis bis zum Beitritt zur Organisation ist aber oft noch ein weiter Schritt. Welche inneren Widerstände, welche Bedenken gilt es noch zu überwinden, bis aus dem der Organisation gleichgültig Gegenüberstehenden ein treues und opferwilliges Verbandsmitglied geworden ist.

Und das gleiche erleben wir, wenn innerhalb der Organisation ein großer Plan durchgeführt werden soll, wie gegenwärtig in unserem Verband. In der Art der Beitragsleistung und der Unterstützungen soll eine einschneidende Änderung vorgenommen werden. Als der Plan in seinen Einzelheiten entwickelt wurde, trat bei vielen Mitgliedern das physikalische Gesetz der Trägheit in Erscheinung. Der konservative Geist hemmte sich auf gegen den Fortschritt. Daß die Opposition gegen die neuen Vorschläge zu einem guten Teil der Ausdruck des konservativen Geistes war, ist den Kollegen, die sich zum Träger dieser Opposition machten, natürlich gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Man muß ihnen ohne weiteres zugestehen, daß sie die beste Absicht hatten, die Interessen des Verbandes zu fördern, und mehr als das, dieses Streben, unsere gemeinsamen Interessen zu fördern, hat sogar stark überwogen.

Das haben wir auf der Reichskonferenz gesehen. Auch hier Anfangs eine starke Strömung gegen die neuen Vorschläge. Aber als man nach Rede und Gegende den Geist des Fortschritts, von dem die Vorlage beherrscht ist, voll erkannt hatte, als die Vorlage überdies, vom Standpunkt der Zahlstellen betrachtet, wesentliche Verbesserungen erfahren hatte, da schlug die Stimmung um. Die Delegierten zur Reichskonferenz sind in im Grunde die Träger des Fortschritts in unserem Verband.

Sie erkannten die wahre Bedeutung der Vorlage, deren Annahme schließlich nahezu einstimmig erfolgte. Die wenigen Kollegen, die am Schluß gegen die Vorlage stimmten, glaubten vermutlich auf die Abstimmung in der Versammlung ihrer Zahlstelle Rücksicht nehmen zu müssen, von der sie ihr Mandat zur Reichskonferenz erhalten hatten.

Der Verlauf der Reichskonferenz ist ein lehrreiches Beispiel von der Macht des Fortschrittgedankens. Aber es gibt noch Kollegen im Verband, die sich gegen diese Erkenntnis wehren. Ueberzeugende Gründe gegen die zur Urabstimmung stehende Vorlage vermag aber keiner vorzubringen. Einem Kollegen, der sich als grundsätzlicher Gegner der Vorlage bekennt, haben wir an anderer Stelle in der vorliegenden Nummer noch das Wort gegeben. Aber was für Argumente bringt er vor? Kein Mensch wüßte, welchen Weg die wirtschaftliche Entwicklung einschlagen wird, deshalb, so meint er, dürfe man die Verbandsrichtungen nicht ändern. Die allgemeine Richtung der Entwicklung vorauszu sehen, ist aber gar nicht so schwer. Und weil die Entwicklung sich so rasch vollzieht, muß man eben entschlossen handeln, um den Ereignissen nicht gar zu sehr nachzuhinken. Der Kollege meint, es bedürfe im gegebenen Fall nur eines kraftvollen Wortes der Verbandsführer, um die gesamte Kollegenchaft zu veranlassen, unter Aufbringung der größten Opfer unsere Gegner zu schlagen wie bisher. Das ist ganz richtig, aber besser ist es schon, nicht erst bis zu dem kritischen Augenblick zu warten, sondern rechtzeitig die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, wie es die Vorlage vorsieht.

Eine große Reihe von Zahlstellen hat sich nach Entgegennahme des Berichts von der Reichskonferenz für die Vorlage ausgesprochen. Es gibt aber auch Ausnahmen, zu ihnen gehört, wie aus dem Bericht in der vorigen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ ersichtlich, die Zahlstelle Düsseldorf. Dort hat sich eine schwachbesuchte Versammlung gegen die Vorlage erklärt, obwohl man einer Beitragserhöhung zur Stärkung des Kampffonds nicht ablehnend gegenüberstand. Ähnlich hat die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin entschieden. In der hier angenommenen Resolution wird bedauert, daß die Reichskonferenz den von den Berliner Kollegen gestellten Antrag abgelehnt hat, statt der Vorlage eine Beitragserhöhung um 20 Pf. und eine entsprechende Erhöhung der Kampfunterstützung vorzunehmen. Deshalb wird den Kollegen empfohlen, die Vorlage in der Urabstimmung abzulehnen. Inwieweit dieser Rat befolgt wird, bleibt abzuwarten, die Begründung, die ihm gegeben wird, ist aber zum mindesten nicht wohlüberdacht.

Von den Berliner Kollegen darf man erwarten, daß sie sich bei der Urabstimmung nicht von dem Gefühl der Berärgerung über die Ablehnung der von ihnen gestellten Anträge leiten lassen. Das wäre in diesem Fall um so weniger angebracht, als wohl keinem Teilnehmer der Reichskonferenz der Gedanke vorschwebte, daß durch die Ablehnung die Berliner Kollegen getroffen werden sollten. Bei allen Beschüssen der Konferenz kamen nur sachliche Gründe in Betracht. Berücksichtigt man weiter, daß außer vier Berliner Delegierten nur noch zwei andere gegen die Vorlage stimmten, dann müßte es den Eindruck kleinlicher Eigenbrödelerei erwecken, wollten die Berliner Kollegen aus solchen Gründen gegen die Vorlage stimmen. Wir erwarten aber, daß bei der Mehrheit der Berliner Kollegen das demokratische Pflichtgefühl den Ausschlag geben wird, und daß die Zahlstelle Berlin nicht den Anschein erwecken wird, als wolle sie sich innerhalb des Verbandes abseits stellen.

Der Reichskonferenz lagen zwei von den Berliner Delegierten gestellte Anträge vor. Der eine verlangte, den Wochenbeitrag in der ersten Beitragsklasse von 1,50 Mk. auf 1,20 Mk. herabzusetzen. Er wurde abgelehnt, nachdem darauf hingewiesen worden war, daß einzelne Zahlstellen jetzt schon 1,25 Mk. erheben. Der andere Antrag wollte, daß bei der Urabstimmung die Eventualfrage nach Erhöhung des Beitrags um 20 Pf. zur Erhöhung der Streit- und der Arbeitslosenunterstützung gestellt werde. Die Reichskonferenz hat sich aber überzeugt, daß das, was der Berliner Antrag wollte, nämlich eine Erhöhung des Beitrags und der Unterstützungen, besser erreicht wird auf dem Wege, den die Vorlage vorsieht. Wenn es den Berliner Kollegen wirklich um die Erhöhung der Beiträge und der Kampfunterstützungen zu tun ist, dann müssen sie gerade für die Vorlage stimmen, denn bei ihrer Ablehnung würde dieser Zweck vereitelt, und es bliebe alles beim alten.

Die voraussichtliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens macht es zu einer gebieterischen Pflicht, die Verbandsrichtungen den Bedürfnissen der neuen Zeit anzupassen. Auf den Inhalt der Vorlage brauchen wir, nachdem er genügend erörtert ist, nicht mehr näher einzugehen. Sie soll, ohne die Rechte der Mitglieder und der Zahlstellen zu beeinträchtigen, den Verband in stand setzen, seine Aufgaben noch wirksamer als bisher zu erfüllen. Die Vorlage verläßt die ausgefahrenen Geleise,

die führt den Verband auf neue Wege. Dem konservativen Geist widerstrebt es, aus der seither gewandelten Bahn zu weichen. Aber dieser Geist der Hemmung und des Rückschritts darf in unserm Verband keine Stätte finden. Unsere Kollegen müssen zeigen, daß sie wirklich dem Fortschritt huldigen, und sie belunden es, indem sie bei der Urabstimmung für die Vorlage stimmen.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie. Oktober.

Der im wesentlichen unverändert gute Geschäftsgang in den Hauptgewerbebezügen, den das „Reichsarbeitsblatt“ schon seit längerer Zeit in jedem Monat feststellt, hat auch im Oktober angehalten, und auch in der Holzindustrie ist eine Abschwächung nicht eingetreten. Nach den Mitteilungen der Unternehmer wird über die einzelnen Zweige des Gewerbes berichtet, daß die Säge- und die Hobelwerke wie die Kistenfabriken in Süddeutschland befriedigend beschäftigt waren. Auch die Holzbearbeitungsfabriken berichten über zufriedenstellenden Geschäftsgang. Für die Beschäftigung im Waggonbau ist zwar eine Abschwächung gegen den September eingetreten, doch ist die Lage gleichwohl günstiger als im Vorjahr. Die Nachfrage nach Parkett- und Stabfußböden ist unverändert. Die Möbeldindustrie berichtet über nach wie vor großen Bedarf. Der Geschäftsgang wird verschiedentlich nicht nur gegenüber dem September d. J., sondern auch gegen das Vorjahr als besser gekennzeichnet. Die Aufträge in der Kolloden- und Schattendeckungsindustrie werden als genügend bezeichnet. Für die Holzpfasterfabriken liegt gleichfalls ausreichende Beschäftigung vor. Die Korbwarenbetriebe berichten über unverändert befriedigende bzw. gute Tätigkeit. Der Umsatz an eigentlichen Korbwaren wird allerdings dem Vormonat gegenüber als etwas geringer bezeichnet. Für Rohstoffe gestaltete sich die Nachfrage günstiger als im Vorjahr. Die Schirmindustrie gibt teils an, daß sehr rege Beschäftigung bestand, teils aber wird eine Abschwächung gegen den Vormonat wie gegen das Vorjahr gemeldet. Im Schiffbau und ebenso im Kraftwagen- und im Waggonbau ist die Beschäftigung andauernd gut.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Monat Oktober wieder 151 Betriebe erfaßt. Das Ergebnis der Erhebung in den einzelnen Zweigen des Gewerbes zeigt die folgende Zusammenstellung:

Berufszweig	Betriebe	Beschäftigte im Oktober	Beschäftigte im September	Beschäftigte im August	Gef. Beschäftigung		1916/17
					im Okt.	im Sept.	
Möbel	41	4753	5179	226	164	102117	22
Bau und Möbel	10	1062	580	19	18	9	869
Weiche Möbel	2	233	150	5	—	2	233
Zugsmöbel	3	450	327	8	23	1	330
Bau	4	345	261	5	—	4	312
Stühle	11	602	530	18	16	3	209
Pianos und Flügel	18	3525	3011	90	76	1	416
Const. Musikinstr.	4	597	348	30	—	1	98
Bücher u. Briefk.	13	5021	1238	43	2	3	324
Bleistifte	4	1833	403	4	27	1	188
Bersten	3	2220	220	92	18	1	478
Flugzeuge	11	4258	30	252	148	4	1938
Waggons	9	2553	418	20	49	2	308
Sport- u. Kinderw.	2	361	478	23	—	—	—
Automobile	3	177	12	1	1	1	91
Küchengeräte	8	583	622	21	18	—	—
Zusammen	151	23822	12055	383	682	26689	781148
Im Vormonat	151	23716	11819	382	773	30233	701033

Die Zahl der Beschäftigten hat wieder eine Steigerung erfahren, und auch deren Verteilung auf die Betriebe weist im ganzen auf eine weitere Besserung des Geschäftsganges hin. Von je 100 Beschäftigten kamen auf Betriebe mit sehr gutem Geschäftsgang 25,7 (im Vormonat 28,1), mit gutem Geschäftsgang 46,2 (41,8), mit befriedigendem 27,1 (25,0) und mit schlechtem Geschäftsgang 1,0 (3,1).

Nach den an das „Reichsarbeitsblatt“ gerichteten Berichten über den Mitgliederstand der Krankenkassen hat die Zahl der Beschäftigten gleichfalls eine Steigerung erfahren. Allerdings haben über den Stand am 1. November nur 5613 Kassen berichtet, gegen 6480 im Vormonat. Die berichtenden Krankenkassen hatten an versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken:

am 1. Oktober 4 008 588 männliche, 4 237 201 weibliche,
am 1. November 4 029 861 männliche, 4 291 760 weibliche.
Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 21,7 oder 0,53 Prozent und die weiblichen um 21,26 oder 0,5 Prozent zugenommen. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten um 53 700 oder 0,67 Prozent gestiegen.

Die Berichterstattung über die besonderen Klassen der Holzindustrie, wobei gleichfalls nur die versicherungspflichtigen Mitglieder abgiltlich der arbeitsunfähigen Kranken gezählt sind, hatte folgendes Ergebnis:

Klassenarten	Zahl der Berichte	Männl. Mitglied.		Weibl. Mitglied.	
		am 1. Nov.	Gegenüber b. Stand am 1. Okt.	am 1. Nov.	Gegenüber b. Stand am 1. Okt.
Orts-Krankenkassen . . .	8	8268	+ 58	4385	+ 83
Zunings-Krankenkassen	23	10043	+ 300	1397	- 18
Betriebs-Krankenkassen .	86	8535	+ 69	3830	+ 34

In den beruflich geübten Krankenkassen des Holzgewerbes ist hiernach die Zahl der männlichen Mitglieder um 427, die der weiblichen um 99 gestiegen.

Weder den Monat Oktober 1917 sind auf Grund der Berichterstattungspflicht von 1572 Arbeitsnachweisen Berichte über ihre Tätigkeit beim „Reichsarbeitsblatt“ eingegangen. Unter diesen sind 236 Fehlanzeigen von Arbeitsnachweisern, die im Berichtsmonat keine Tätigkeit entfaltet haben. Unter Einrechnung der Reste aus dem Vormonat ergeben sich für die Arbeitsuchenden, die offenen und die besetzten Stellen bei allen Nachweisen zusammen die folgenden Zahlen, wobei zugleich die entsprechenden Zahlen für den Vormonat und den Vergleichsmonat des Vorjahres angegeben werden:

Monat	Arbeitsuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
	in Tausend						
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Okt. 1916	191	202	297	149	145	103	64/135
Sept. 1917	147	169	296	194	111	105	50/87
Okt. 1917	156	181	289	186	116	110	54/98

Sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Arbeitern war im Oktober ein gegenüber dem Vormonat verstärkter Andrang der Arbeitsuchenden bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der offenen Stellen zu konstatieren. Infolgedessen stieg der Andrang auf je 100 offene Stellen von September auf Oktober von 50 auf 64 bei den männlichen und von 87 auf 98 bei den weiblichen Arbeitern. Gegenüber dem Oktober 1916 ist aber eine Besserung eingetreten. Trotz der Steigerung des Andrangs hat die Zahl der besetzten Stellen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme erfahren.

In der folgenden Tabelle geben wir eine gleichartige Übersicht über den Stand des Arbeitsmarktes in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Monat	Arbeitsuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
	in Tausend						
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Okt. 1916	5511	434	9987	382	4035	282	56/114
Sept. 1917	3630	509	8324	885	2749	563	44/58
Okt. 1917	4015	742	8344	868	2950	612	48/86

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie zeigt im Oktober das gleiche Entwicklungsbild wie der allgemeine Arbeitsmarkt: Gegenüber dem Vormonat verstärkter Andrang Arbeitsuchender bei verminderter Nachfrage, aber Zunahme der besetzten Stellen. Auf je 100 offene Stellen kamen bei den männlichen Arbeitern 48, bei den weiblichen 86 Arbeitsuchende, gegen 44 bzw. 58 im Vormonat und 56 und 114 im Oktober vorigen Jahres.

Die Berichte der Gewerkschaften über den Stand der Arbeitslosigkeit lassen ein weiteres Zurückgehen der Arbeitslosigkeit erkennen. Für den Monat Oktober haben 32 Verbände berichtet, die am Schluß des Monats ohne die beim Herz befindlichen insgesamt 1091 774 Mitglieder zählten. Die vorliegenden Berichte erstrecken sich auf 1629 943 Mitglieder, von denen am Erhebungstage 725 am Ort und 52 auf der Reise arbeitslos waren. Das sind 0,7 Prozent gegen 0,8 Prozent Ende September 1917 und 2,9 Prozent Ende Oktober 1916. Unter den erfassten Gewerkschaftsmitgliedern waren 252 661 weibliche, von denen 547 oder 2,2 Prozent arbeitslos waren. Gegenüber dem Vormonat blieb der Stand der Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern unverändert, dagegen ist gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, wo noch 7,2 Prozent der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren, eine starke Besserung eingetreten. Bei den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern allein betrug die Arbeitslosigkeit am Schluß des Berichtsmonats 0,2 Prozent gegen 0,8 Prozent am Schluß des Vormonats und 0,8 Prozent Ende September 1916.

Von den zur Holzindustrie zählenden Verbänden berichtet der Stübner-Verband für Ende Oktober über 873 Mitglieder, von denen 10 oder 1,1 Prozent arbeitslos waren. Der Gewerkschaft der Holzarbeiter hat 2422 Mitglieder, von denen 211 von der Fällung erfasst wurden. Im Monatsbericht waren 15 oder 0,7 Prozent arbeitslos. Der örtliche Holzarbeiter-Verband berichtet über 4728 Mitglieder, darunter 5 arbeitslos oder 0,1 Prozent. Unser Bezirks Holzarbeiter-Verband figuriert in der Liste mit 66 382 Mitgliedern. Bei der Fällung wurden 5 417 männliche und 17 496 weibliche, zusammen 22 913 Mitglieder erfasst. Arbeitslos waren am Monatschluß 10 013 männliche und 164 weibliche Mitglieder, auf 0,43 Prozent oder, nach Geschlechtern getrennt, bei den männlichen 0,3 Prozent, bei den weiblichen 0,5 Prozent. Gegenüber dem Vormonat ist eine Besserung eingetreten. Bezogen aber gegen den Monat Oktober 1916, wo noch 1,6 Prozent der Mitglieder als arbeitslos

Soziales.

Die preussische Wahlrechtsreform.

Die preussische Regierung hat ihren Entwurf für die Reform des Landtagswahlrechts veröffentlicht. Sie hat sich aber nicht auf eine Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus beschränkt, sondern sie schlägt auch eine Reform des Herrenhauses vor, und in einer dritten Vorlage wird das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses eingeschränkt. In der Vorlage zur Aenderung des Wahlrechts ist das kaiserliche Versprechen eingelöst. Die Klasseneinteilung der Wähler ist beseitigt und ebenso die Öffentlichkeit der Stimmabgabe. Das waren bisher die ärgsten Mängel des preussischen Wahlrechts. Die neue Vorlage befreit aber durchaus nicht alle Wünsche, die an ein Wahlrecht gestellt werden müssen, dessen Produkt der wahre Ausdruck des Volkswillens sein soll.

Das Verlangen, bei einer Reform des Wahlrechts auch den Frauen politische Rechte einzuräumen, ist durchaus begründet, und die durch den Krieg hervorgerufene Umwälzung unseres Wirtschaftslebens, welche die Frauen zum Kaufe hinaustreibt und sie in das Erwerbsleben zwingt, ist ein starkes Argument für die Forderung des Frauenwahlrechts. Bei unseren politischen Verhältnissen braucht man sich aber nicht zu wundern, daß die Regierung die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen nicht vorschlägt. Damit ist allerdings diese Forderung nicht abgetan. Sie wird solange mit Nachdruck immer wieder erhoben werden, bis sie erfüllt ist.

Die Vorlage schränkt aber auch das Wahlrecht der Männer ein. Bisher war das Wahlalter auf 24 Jahre festgesetzt, die Vorlage erhöht es auf 25 Jahre und setzt das Alter für die Wählbarkeit auf 30 Jahre fest. Eine Verschlechterung des seitherigen Zustandes ist die Bestimmung, nach welcher nur wählen kann, wer seit drei Jahren die preussische Staatsangehörigkeit besitzt und seit einem Jahre in der Gemeinde wohnt. Bisher konnte jeder Preuze wählen, der seit sechs Monaten in der Gemeinde wohnt. Mit dieser Bestimmung soll die fluktuierende Bevölkerung, also in erster Linie die Arbeiterschaft, getroffen werden, die öfters gezwungen ist, ihren Wohnsitz zu wechseln. Das soll ein Pfaster auf die Wunde der prinzipiellen Wahlrechtsfeinde sein; es ist aber eine vergebliche Hoffnung, zu erwarten, daß sie sich dadurch umstimmen lassen werden.

Das Wahlrecht soll künftig gleich sein, aber diese Gleichheit wird stark eingeschränkt durch die Beibehaltung der alten Wahlkreiseinteilung, durch welche das flache Land auf Kosten der großen Städte- und der Industriebezirke ungebührlich begünstigt wird. Durch die Bestimmung, daß in den Wahlkreisen, in denen nach der letzten Volkszählung mehr als 250 000 Stimmen auf einen Abgeordneten entfallen, bei der nächsten allgemeinen Wahl ein weiterer Abgeordneter gewählt wird, erfährt diese Ungleichheit keine ausreichende Abmilderung. Durch diese Bestimmung wird die Zahl der Abgeordneten zunächst um 12 erhöht, sie steigt dadurch auf 455.

Würde die Vorlage so, wie sie veröffentlicht wurde, durchgeführt, so würde sie, bei all den Mängeln, die ihr anhaften und auf deren Beseitigung die wirklichen Volksvertreter mit aller Kraft hinarbeiten haben, einen gewaltigen Fortschritt bedeuten. Aber soweit sind wir noch lange nicht. Die Regierung hat den erbitterten Feinden eines gleichen Wahlrechts, die im preussischen Landtag in großer Zahl vertreten sind, durch die gleichzeitige Einbringung der beiden andern Vorlagen die erwünschte Gelegenheit gegeben, gegen die Erledigung der Wahlrechtsvorlage Obstruktion zu treiben. Für eine Aenderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses liegt vom Standpunkt des Volkes kein Bedürfnis vor. Die beste und allein zeitgemäße Reform des Herrenhauses wäre dessen Beseitigung. Das Volk in Preußen ist reif, seine Geschicke selbst zu lenken; es braucht keine Körperschaft, deren einzige Aufgabe es ist, als Hemmschuh für jeden vernünftigen Fortschritt zu wirken.

Mit der beabsichtigten Aenderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses wird bezweckt, neben den abligen Großgrundbesitzern, die jetzt in der Herrenkammer dominieren, auch anderen Berufsständen dort eine etwas stärkere Vertretung zu geben. Den zahlreichsten Berufsstand, die Arbeiter und Angestellten, hat man dabei übergangen. Man kann im Zweifel sein, ob es wünschenswert ist, eine Arbeitervertretung in einer gesetzgebenden Körperschaft zu haben, deren Mitglieder nicht gewählt, sondern zum Teil ernannt sind, zum Teil aber durch Erbschaft die besondere Eignung zum Beruf des Gesetzgebers erlangt haben. Bemerkenswert ist es, daß das Recht des Königs, einzelne Personen durch besonderes Vertrauen in das Herrenhaus zu berufen, beschränkt werden soll. Durch das unbeschränkte Ernennungsrecht hat der König theoretisch die Möglichkeit, eine Mehrheit des Herrenhauses, die seinem Willen Widerstand leistet, in die Minderheit zu versetzen. Diese Möglichkeit soll nun eingeschränkt werden.

Die Aenderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses bedeutet im Verein mit der vorgeschlagenen Aenderung des Budgetrechts eine Schwächung des Einflusses der Volkskammer, in welche das seitherige Dreiklassenparlament nun verwandelt werden soll. Aber von der Einbringung der Wahlrechtsvorlage bis zu ihrer Verabschiedung ist noch ein weiter Weg. Die Wahlrechtsfreundlichkeit der preussischen Regierung ist noch recht jungen Datums, und es bleibt abzuwarten, ob sie die notwendige Kraft aufbringen wird, dem Befehl des Königs gegenüber dem Widerstand der offenen und heimlichen Wahlrechtsgegner Geltung zu verschaffen. Diese Feinde des Wahlrechts sind dieselben Herren, die sonst ihre Königs-treue bei jeder Gelegenheit im Munde führen. Man darf gespannt sein auf die Listen, die sie anwenden werden, um die Einlösung des feierlich versprochenen Kaiserwortes zu hintertreiben. Es stehen schwere politische Kämpfe bevor, und es wird noch deutlicher Bekundung des Volkswillens bedürfen, bis das Klassenwahlrecht gestürzt und durch die Einführung eines freien Wahlrechts in Preußen der Weg für einen gefunden Fortschritt in Deutschland geebnet wird.

Eine Verschärfung der Meldepflicht für den Hilfsdienst.

Der Bundesrat hat mit Zustimmung des Hilfsdienstauschusses des Reichstags neue Bestimmungen erlassen, die den Zweck haben, eine schärfere Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen zu ermöglichen. Nach der neuen Vorschrift, die mit dem 13. November in Kraft getreten ist, haben sich auf öffentliche Aufforderung der Ortsbehörden innerhalb der in der Aufforderung bestimmten Frist alle männlichen Deutschen und alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, soweit sie nach dem 31. März 1888 geboren sind und das 17. Lebensjahr beendet haben, bei den bekanntgegebenen Stellen persönlich zu melden. Von der Meldung befreit sind nur die aktiven Militärpersonen und die vom Heeresdienst Reklamierten. Alle Ausnahmen von der Meldepflicht, welche die Verordnung vom 1. März 1917 vorsah, sind demnach aufgehoben. An Stelle der persönlichen Meldung kann auch die schriftliche treten, bei welcher die vorgeschriebenen Angaben zu machen sind. Jeder Meldepflichtige muß einer Vorladung des Vorsitzenden des Einberufungsausschusses Folge leisten und sich auf Verlangen durch einen von diesem bestimmten Arzt untersuchen lassen. Jeder Wohnungswechsel ist binnen drei Tagen beim Einberufungsausschuss zu melden. Das Ausweichen aus der Arbeitsstelle ist in der gleichen Frist sowohl von dem Hilfsdienstpflichtigen als auch von dem Arbeitgeber zu melden. Besterer muß auch binnen drei Tagen der überweisenden Stelle mitteilen, ob ein überwiegender Hilfsdienstpflichtiger eingestellt worden ist und die Arbeit aufgenommen hat.

Der Zweck dieser neuen Verordnung ist es, eine vollständige Übersicht über die Hilfsdienstpflichtigen zu gewinnen. Diese fehlte bisher, weil die Verordnung vom 1. März 1917 eine Reihe von Ausnahmen von der Meldepflicht vorsah. Diese Ausnahmen sind jetzt fortgefallen, nur die Reklamierten sind von der Meldepflicht befreit. Wer sich bereits auf Grund der Verordnung vom 1. März gemeldet hat und dies durch Vorlegung des gestempelten Abreißstreifens der Meldekarte nachweisen kann, braucht sich nicht neu zu melden.

Gegen die Schnellzugzuschläge.

Ungeblig zur Entlastung des Eisenbahnverkehrs werden seit Mitte Oktober für die Benutzung von Schnell- und Eilzügen Zuschläge erhoben, die im Durchschnitt den Fahrpreis verdoppeln. In vielen Fällen beträgt der Zuschlag mehr als der eigentliche Fahrpreis. Gegen diese Zuschläge wendet sich eine Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften an den preussischen Eisenbahnminister. Grundsätzlich wird darin deren Aufhebung gefordert. In zweiter Linie wird angeregt, den Gewerkschaftsfunktionären bei Dienstreisen für ihre Verbände, den Mitgliedern von Schlichtungsausschüssen bei Reisen zur Teilnahme an den Sitzungen ihrer Ausschüsse und den Arbeitern der Kriegswirtschaft bei Urlaubsreisen zum Besuch ihrer Familie Befreiung von der Zahlung der Zuschläge zu bewilligen.

Ein Preisanschreiben für Kleiderverschleißer.

Zur Schaffung von Kleiderverschleißern bzw. Kleiderungsfürsorge, welche den Armpamputierten und Armbehinderten das An- und Auskleiden ohne fremde Hilfe ermöglichen, veranstaltet das Knopfmuseum Heinrich Waldes in Prag-Brschowitz ein Preisanschreiben. Es sind 43 Preise im Betrage von 50 bis 1000 Kronen, im Gesamtbetrage von 5000 Kronen, vorgesehen. Zur Teilnahme an dem Preisanschreiben ist jedermann zugelassen. Es sind Modelle mit entsprechenden Zeichnungen und Beschreibungen einzureichen; in Ausnahmefällen genügt auch eine schriftliche Mitteilung. Die Einsendungen sollen bis spätestens den 31. Januar 1918 an das „Knopfmuseum Heinrich Waldes, Preisanschreiben, Prag-Brschowitz“, eingeleitet sein. Zur Vermeidung von Zoll- und Versendungs-schwierigkeiten können reichsdeutsche Teilnehmer an dem Preisanschreiben ihre Einsendung nach Dresden schicken unter Benutzung der folgenden Adresse: Knopfmuseum Heinrich Waldes, Preisanschreiben (Herrn Eduard Metzinger, Dresden-U., Al. Plauensche Gasse 39/41).

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Nun hat die Reichskonferenz getagt. Zwar ist im Statut diese Einrichtung nicht vorgesehen, aber die Reichskonferenz hat sich selbst die Existenzberechtigung zugesprochen und glaubt daher wohl auch berechtigt zu sein, zu den wichtigsten Fragen des Verbandes Stellung zu nehmen. Die Reichskonferenz hat, das soll zugegeben werden, tüchtig gearbeitet und hat die größten Blützel, die der Vorstand dem Verbandkörper ansetzen wollte, zurückgewiesen. Trotz alledem bedeutet die Vorlage auch in ihrer abgeänderten Form für den Verband eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Vor allem, weil sie verfrüht ist, weil heute noch nicht übersehen werden kann, was uns die Zukunft bringt. Vorstand und Reichskonferenz sprachen sehr oft davon, daß nach dem Krieg sich die Gegensätze zwischen uns und den Arbeitgebern verschärfen werden. Was heißt das „nach dem Kriege“? Wann ist das? Wir haben doch jetzt schon 3½ Jahre Krieg, der ja nur sechs Wochen dauern sollte. Ein Ende ist aber auch heute noch nicht abzusehen. Darf man weiter fragen, wann die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von der schmerzhaften Schreibweise einer Arbeitgeberzeitung abhängig ist? Umgekehrt, sehr verehrte Kollegen, wird ein Schuß daraus. Die Zeitungen, untere wie die gegnerische, sowie der ganze Verbandkörper sind von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Nach dieser haben wir uns zu richten. Welchen Weg diese Entwicklung einschlägt, weiß heute noch kein Mensch. Das aber weiß man, daß manches anders werden muß, als es heute ist. Jeder Staat hat sich eine Nischenlast von Schulden aufgebaut, die mit jedem Monat Krieg mehr und mehr anwächst. Daß diese Nischenlast Staatsschulden auf das wirtschaftliche Leben einen beträchtlichen Einfluß ausüben wird, kann man kaum bestreiten. Der Staat wird, er mag wollen oder nicht, in unser Wirtschaftsleben eingreifen müssen, genau so, wie er es jetzt auch im Kriege getan hat. Welche Folgen das haben wird, das zu sagen, fällt schwer. Wir leben in einer schnellen

Zett. Manches vollzieht sich im Eilzugtempo, was früher lange Jahre gebraucht, um zu rasen; deshalb kann mit Bestimmtheit kein Mensch voraussehen, was werden wird.

Ferner möchte ich mich gegen die Abstimmung einer solchen wichtigen Vorlage in der heutigen Zeit wenden. Noch niemals ist in unserem Verband eine Vorlage von solchem Umfang den Mitgliedern vorgelegt worden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 40. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Wir machen nochmals auf die Urabstimmung aufmerksam und ersuchen alle Mitglieder, sich durch Abgabe ihrer Stimme an der wichtigen Entscheidung über die Zukunft unseres Verbandes zu beteiligen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 144690 Karl Grundmann, Eschl., 10. 5. 57 zu Jöhendorf. 231179 Gust. Gutsh., Vol., geb. 29. 5. 65 zu Vangenblekau. 525487 Marg. Schmolzer, Bleistiftarb., 5. 12. 66 zu Hohr. 629980 Ludw. Andrzejewski, Eschl., geb. 12. 8. 61 zu Berlin. 752991 Otto Möller, Korbm., geb. 18. 7. 90 zu Lambach. 774098 Ferd. Reichel, Drechsler, geb. 8. 12. 49 zu Görtlich. Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

Zentralkommission der Bäcker- und Bismelbäcker.

Wir möchten alle Fallstellenverwaltungen bzw. die Sectionen, die für unsere Branche in Betracht kommen, ersuchen, einen Bericht über die Lage in unserer Industrie und über die Tätigkeit der Verwaltungen noch im Laufe dieses Jahres an uns einzusenden.

Die Zentralkommission.

J. A.: J. A. Kern, Nürnberg, Breite Gasse 25-27.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vergoldber.) In der Branchenerversammlung am 20. November gab der Branchenleiter, Kollege Gerndt, einen Bericht über die Lage der Kollegen. In Berlin hatten die männlichen Kollegen vor dem Kriege einen Durchschnittsverdienst von 37,96 Mk. pro Woche.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Die Verlängerung der Verträge.

Nach langen, gründlichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiderseitigen Verbände ist am 27. November eine Vereinbarung über die Verlängerung der Verträge auf ein Jahr zustande gekommen.

Vereinbarung.

Zwischen den Vertretern der unterzeichneten Verbände des deutschen Holzgewerbes ist in der heutigen Verhandlung folgende Vereinbarung getroffen worden:

- A. Verlängerung der Tarifverträge. 1. Die bestehenden Tarifverträge werden sämtlich um ein Jahr bis zum 15. Februar 1919 verlängert. B. Teuerungszulagen. 2. Alle Lohn- und Akkordarbeiter erhalten auf die bestehenden Löhne eine weitere Teuerungszulage von 10 Pf. pro Stunde, und zwar 5 Pf. vom 1. Januar 1918 und 5 Pf. vom 1. April 1918 an. 3. Alle Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 13 Jahren erhalten vom 15. Februar 1918 an eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde.

U. Mindestlöhne.

4. In den einzelnen Tarifklassen und den dazugehörigen Orten betragen die Mindestlöhne einschließlich der Teuerungszulage pro Stunde für

Table with 6 columns: Tarifklasse, I, II, III, IV, V, VI. Rows: Arbeiter, Arbeiterinnen.

5. Soweit in den bestehenden Tarifverträgen für bestimmte Branchen oder Arbeiterkategorien unterschiedliche Vertragelöhne festgesetzt sind, erhöhen sich dieselben auch diesmal wieder in der gleichen Weise wie bei den früheren Zulagen um den Betrag der Teuerungszulagen wie der Vertragelohn der Hauptbranche.

6. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren sowie für neu anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen in den ersten sechs Wochen ihrer Beschäftigung sind die Mindestlöhne in jeder Tarifklasse 10 Pf. pro Stunde niedriger. Jugendliche Personen unter 16 Jahren sind von diesen Mindestlöhnen ausgenommen.

D. Montagegeld.

7. Der Mindestsatz der Entschädigung für Montagearbeiten mit Übernachtungen beträgt 5,50 Mk. pro Tag, einschließlich des Sonntags. Für sonstige Montagearbeiten bleiben die vertraglichen Zuschläge, einschließlich der am 10. November 1918 vereinbarten Erhöhungen, bestehen.

E. Arbeitszeit.

8. Die Arbeitszeit wird für alle Vertragsorte nach dem Schiedsspruch vom 8. Februar 1918 in der Weise geregelt, daß in den einzelnen Tarifklassen und den dazugehörigen Orten spätestens vom 15. Februar 1920 an die wöchentliche Arbeitszeit beträgt:

Table with 6 columns: Tarifklasse, I, II, III, IV, V, VI. Row: Stunden.

Diese Arbeitszeit gilt bis zum 15. Februar 1921.

F. Klasseneinteilung.

9. Die einzelnen Tarifklassen umfassen folgende Orte:

- Klasse I: Berlin, Hamburg. Klasse II: Bremen, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Frankfurt a. M., Hannover, Harburg, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, München, Nürnberg, Potsdam-Nowawes, Spandau, Stuttgart. Klasse III: Aachen, Brandenburg, Braunschweig, Breslau, Cassel, Chemnitz, Danzig, Erfurt, Flensburg, Freiburg i. Br., Götting, Halle, Höchst a. M., Insterburg, Karlsruhe, Königsberg i. Pr., Krefeld, Mainz, Mannheim, Offenbach, Plönneberg, Remscheid, Solingen, Stettin, Tilsit, Wiesbaden, Wilhelmshaven. Klasse IV: Altkönig, Augsburg, Bernau, Beuthen-Kattowitz-Königsbrunn, Bromberg, Burg b. M., Celle, Detmold, Eberswalde, Eilenburg, Eisenach, Elbing, Elmshorn-Itzehoe, Göttingen, Gotha, Heideberg, Helmstedt, Hildesheim, Jöhore, Jena, Kaiserlautern, Kirchheim u. T., Landsberg a. d. W., Langensalza, Mergell, Nauenwalde, Paderborn, Meißen, Mühlhausen i. Thür., Naumburg a. d. Saale, Neu-Brenau, Neumünster, Nordhausen, Odenburg i. W., Osnabrück, Plauen, Posen, Rastenburg, Rendsburg, Riesa, Rostock, Schwerin i. M., Staßfurt, Thorn, Ulzen, Ulm, Worms, Würzburg, Zeitz-Cera-Eisenberg, Zeulenroda-Teibes, Zittau-G.-Schönan, Zuffenhausen. Klasse V: Achaffenburg, Auerbach-Treuen, Bayreuth, Crostky-S., Cunnerodorf, Dessau, Erlangen, Ehlingen, Finsterwalde, Fulda, Göttingen, Goslar a. S., Güstrow, Graudenz, Guben, Hadersleben, Halberstadt, Homburg v. d. Höhe, Ingolstadt, Jüterbog, Kellheim, Lage, Lemgo, Lützen, Marbach, Melle, Muehlenberg, Regensburg, Reichenhain, Schneidemühl, Stargard, Steinheim, Stendal, Stralsund, Swinemünde, Wismar, Wittenberge. Klasse VI: Amberg, Angermünde, Brieg, Bunzlau, Forst i. L., Frankenstein i. Schl., Glogau, Greifswald, Greiz, Hirschberg, Hof i. B., Landsberg, Langensalza, Lissa, Luban, Lutz, Lübbenau, Mellenbach, Meise, Schweidnitz.

10. Anträge der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer auf Befreiung in eine andere Tarifklasse unterliegen der Entscheidung der vertraglichen Schlichtungsinstitutionen.

G. Durchführung der Vereinbarung.

11. Die bestehenden Tarifverträge bleiben in allen durch vorstehende Vereinbarung nicht berührten Punkten unverändert bestehen.

12. Die seither zum Mindestlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Städten, die durch die neue Klasseneinteilung in eine höhere Tarifklasse versetzt sind, erhalten gleichfalls nur die in Ziffern 2 und 3 vorgesehenen Teuerungszulagen. Der Ausgleich zwischen der jetzigen Teuerungszulage und dem höheren Mindestlohn der neuen Tarifklasse findet bei der nächsten allgemeinen Lohnerhöhung statt.

Berlin, 27. November 1917.

(Folgt Unterschriften.)

Der Vorstandsvorstand hat den beteiligten Ortsverwaltungen bereits durch Zirkular von dieser Vereinbarung Kenntnis gegeben. In dem Begleitbrief sagt er:

Wir machen auf die in Ziffer 8 vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit noch besonders aufmerksam. Die Verwaltungen der in Frage kommenden Fallstellen werden sich bei nächster Gelegenheit mit dem örtlichen Vorstand des Schutzverbandes über den Termin für die Inkraftsetzung der neuen Arbeitszeit ins Benehmen sehen müssen.

Seit den Verhandlungen vor dem Reichsamt des Innern im November 1916, also im Zeitraum von zwölf Monaten, ist dies die dritte Vereinbarung über Teuerungszulagen, die unser Verband für die Holzarbeiter Deutschlands zuwege gebracht hat. Durch diese drei Vereinbarungen haben die Kollegen in allen Städten eine Lohn-erhöhung von 45 Pf. pro Stunde erlangt. Die Vertragslöhne, die vordem 35 bis 67 Pf. betragen, sind jetzt als Mindestlöhne auf 80 Pf. bis 1,15 Mk. gestiegen. Wir wissen nicht, ob noch eine andere Gewerkschaft in Deutschland eine ähnliche Ertragserschaft während des Krieges aufzuweisen hat, glauben aber in jedem Falle, daß unsere Verbändekollegen im ganzen Maße sich der Erfolge ihres Verbandes freuen können, und dürfen wohl erwarten, daß alle Ortsverwaltungen diese Tatsache auch weiterhin zur

Werbung neuer Mitglieder bestens ausnützen.

Eine eingehende Würdigung der Vereinbarung müssen wir uns für die nächste Nummer vorbehalten.

In Danzig ist die Lohnbewegung auf der Schichauwerft durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Der arbeiterfeindliche Standpunkt dieser Firma ist genügend bekannt. Die Verhandlungen mit ihr wurden noch erschwert durch das Fehlen eines Arbeiterausschusses. Die Firma wollte einen solchen nicht wählen lassen und nur den Vorstand der Krankenkasse als Arbeitervertretung anerkennen. Hierbei fand sie auch die Unterstützung des Schlichtungsausschusses. Erst nachträglich wurde der Firma auf Grund erhobener Beschwerden aufgegeben, einen Arbeiterausschuß nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes wählen zu lassen. Erst als 1700 von den 2300 bei der Firma Beschäftigten die Gewerkschaftsvertreter unterschrieben mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hatten, wurden auch zwei von diesen zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 13. November zugelassen. Der gefällte Schiedsspruch kommt den Forderungen der Arbeiter wesentlich entgegen. Unter anderem wird bestimmt, daß die Wochenlöhne in Stundenlöhne umgerechnet und die Stundenlöhne für Erwachsene um 20 Pf., für Jugendliche um 10 Pf. erhöht werden. Die Akkordarbeiter erhalten eine Zulage von 10 Pf. für die Stunde. Bei Akkordarbeiten muß der Akkordpreis bei Beginn der Arbeit durch Akkordzettel bekanntgegeben werden. Den Parteien ist bis zum 7. Dezember Frist zur Erklärung über die Annahme des Schiedsspruches gegeben. Die Arbeiter haben in einer am 24. November abgehaltenen Massenversammlung den Schiedsspruch angenommen. Durch ihn steigt z. B. der Stundenlohn der Tischler von 81,8 Pf. auf 90,8 Pf., wozu noch wie seither für jedes Stück eine Zulage von 4 Mk. in der zweiwöchigen Lohnperiode kommt. Eine Erklärung der Firma liegt noch nicht vor.

Gewerkschaftliches.

Für die Einheit der Gewerkschaften.

Mit eindringlichen Worten wendet sich Adolf Braun, der bekannte Freund und Förderer der Gewerkschaften, in einer neuen Broschüre an die Arbeiter, um sie zu festem Zusammenhalt zu ermahnen und sie vor unfruchtbarem Bruderkampf zu warnen. Wir geben aus der Broschüre nachfolgend die Schlüsselaussagen wieder:

Der Krieg ist eine schwere und harte Zeit für alle Menschen, die im Kriege standen, er war und ist auch eine harte Zeit für alle, die dem Kriege nicht mit der Waffe dienen und doch erfüllt sind von Sehnsucht nach dem Frieden. Wir alle wollen den Frieden, aber wir dürfen uns doch nicht täuschen, daß auch der Friede eine düstere Zeit sein wird, daß die Wirkungen des Krieges in der Zeit des Friedens von jedermann, auch noch von unseren Kindern und Kindeskindern, vor allem von den Nichtbeteiligten schwer empfunden werden. Dabei wollen wir schweigen von all den körperlichen Kriegswirungen, die uns durch Jahrzehnte vor Augen stehen werden, dabei wollen wir nicht gedenken an der schweren Verluste an Verwandten und Freunden, an bestem Volksgut. Auch rein wirtschaftlich wird uns dieser Krieg im Frieden gar viel zu denken und zu sorgen geben. Freilich, die großen Kapitalisten sind im Kriege zu höchster Macht gediehen, der Mittelstand ist am tiefsten erschüttert, die Gegenkräfte in der Gesellschaft werden durch den Krieg auf das höchste gesteigert. Der gewaltigen Macht des Kapitalismus gegenüber wird das Proletariat stehen, auf seine eigene Kraft allein angewiesen. Die großen Kapitalisten werden in noch höherem Maße als vor dem Kriege eine geschlossene Macht bilden und diese fester zusammenstehen, je mehr es sich darum handelt, ihre Interessen gegen die Arbeiter zu verteidigen. In festgefühten Kartellen, in eng zusammengeschlossenen Syndikaten, in bis in die letzten Einzelheiten organisierte Monopole wird die kapitalistische Gesellschaft als eine geschlossene Einheit der Arbeiterklasse gegenüberstehen. Dieser gewaltigen Machtsteigerung müssen sich die Arbeiter entgegenstellen, in einer Zeit höchster Schwierigkeiten, äußerster Not, in einer Zeit, die eine Fülle größter Aufgaben stellt.

Alles, was gegen die Gewerkschaften, gegen ihre Leitung und gegen ihre Politik während des Krieges sprechen mag, schrumpft diesen Aufgaben gegenüber zur Kleinigkeit und Unbedeutlichkeit zusammen. Jeder Arbeiter, der sich die Arbeiterkraft als Ganzes wie nach Verurteiltem organisiert, muß nach dem Kriege kräftiger, ja unübertrefflicher Organisationskraft haben, die den Kampf aufzunehmen vermag gegen die konzentrierte Kraft des der höchsten Entwicklung entgegenstehenden Kapitalismus. Diesem gilt der Kampf und nicht den Unstimmigkeiten in den Gewerkschaften. Es ist leichter, den Kampf gegen diese oder jene Gewerkschaftsführer zu beginnen und die Gewerkschaften in zwei Lager zu sprengen, den Bruderkampf zu heilen, Flammen aus den Gewerkschaften zu entfachen, ihre Tätigkeit und alle Tatkraft der Arbeiterkraft zu verheeren in der Bekämpfung der, die übereinstimmen mit der Kriegsgewalt der Gewerkschaften. Eine derartige Vergewaltigung der proletarischen Kraft würde sich bitter rächen. Mit ihr würden wir dem ohnehin übermächtigen Kapitalismus einen Freibrief geben, die Arbeiterkraft ganz nach seinem Willkür zu zerschlagen und zu bestimmen, weil die Widerhandlung der Arbeiterkraft, weil ihr Wollen und Streben vereitelt wird in dem sich selbst verzehrenden Bruderkampf.

Die erste Aufgabe für jeden Gewerkschaftler wird für jeden Politiker ist, seine entschiedenen Gegner zu erkennen und deren Stärke richtig einzuschätzen. Die Gewerkschaften können in einer Zeit, wo die größten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit drohen, nicht an ihre Organisationskraft vergebend wandeln, sie müssen im Gegenteil alles daran setzen, die Gewerkschaften zu stärken, zu sichern, durch ständige und ermüdende Organisationskraft die Lücken in dem übermächtigen

zufüllen und die Gewerkschaften auszubauen zu einer Festung, gegen die die ganze Macht des Kapitals vergeblich anrennen würde.

Hier liegen die Aufgaben für jeden Gewerkschafter heute und morgen. Es heißt trotz alledem und alledem zusammenzukommen und der Uebermacht des Kapitalismus eine einige und geschlossene Vertretung der Arbeiterinteressen entgegenzusetzen.

Wer dem widerspricht, wirkt für die Stimmunterdrückung der Arbeiterklasse und für die Unüberwindlichkeit des Unternehmertums.

Das zu wollen, muß jedem Arbeiter ferne liegen!

Der Leipziger Gewerkschaftsstreit.

In Leipzig waren in letzter Zeit, veranlaßt durch die Spaltung der Sozialdemokratie und ihre Begleiterscheinungen, eine Anzahl Organisationen aus dem Gewerkschaftskartell ausgeschieden. Im Oktober dieses Jahres gründeten die Leipziger Zehnstellen der Asphaltwerke, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Sattler, Steinseher, Tabakarbeiter und Schneider ein besonderes „unabhängiges“ Gewerkschaftskartell.

Am 25. und 26. November fanden Verhandlungen statt, an welchen die Ortsverbände der genannten Verbände, der Ausschuß des Leipziger Gewerkschaftskartells und drei Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften teilnahmen. Die Verhandlungen führten zu einem einstimmigen Beschluß, nach welchem die ausgeschiedenen Gewerkschaften nach dem im Januar stattfindenden Neuwahlen dem alten Kartell wieder beitreten.

Unternehmerbewegung.

Eine Tagung der Arbeitgeberverbände.

Die Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände hielten einer Einladung der „Verz. d. d. Arbeitgeberverbände“ folgend, am 13. Oktober in Nürnberg eine gutbesuchte Konferenz ab. Ueber die unter der Leitung des Syndikus Dr. Längler (Berlin) geführten Verhandlungen ist ein kurzer Bericht veröffentlicht worden, der mehr ahnen läßt, als er mitteilt. Man hat sich über die Erörterungen unterhalten, die man während der Anwesenheit mit Lohnstatistiken gemacht hat, und die Notwendigkeit solcher Statistiken anerkannt.

Daß die Unternehmer Lohnstatistiken führen, kann man ihnen nicht verdenken; es ist auch leicht voranzusehen, daß man gegenüber den Forderungen, die von den Arbeitern erhoben werden, die hohen Löhne ausgleichen wird, die von manchen Arbeiterkategorien während des Krieges erlangt wurden.

Ergebnisse vollständig und ungeschminkt der Öffentlichkeit preisgegeben, ist kaum anzunehmen. Besser wäre es, wenn das Reichsstatistische Amt die Löhne der Arbeiter in den Kreis seiner Untersuchungen einbeziehen würde. Die amtliche Lohnstatistik wird in Deutschland sehr vernachlässigt; eine solche existiert eigentlich nur für den Bergbau.

Die Arbeitgebersekretäre haben nach dem offiziellen Bericht den Arbeitgeberverbänden nachgerühmt, daß sie an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes mitgewirkt haben, obwohl einzelne seiner Bestimmungen dem Erfolg und dem Zweck des Gesetzes durchaus entgegenstehen.

Der unverfälschte Unternehmerübermut spricht aus den wenigen Worten, die über die Stellung der Unternehmer tagung zu der Frage der Arbeitsnachweise veröffentlicht werden.

Die Arbeitsgeberverbände wollen an dem Ausbau der Zentralarbeitsstellen der Arbeitsnachweise mitarbeiten. Die Arbeitgeber-Arbeitsnachweise könnten aber, so heißt es in dem Bericht, nur dann wirkungsvolle Mitarbeiter leisten, wenn ihnen ihre Selbständigkeit und weitere Entwicklungsmöglichkeit gewahrt bleiben.

In seinem Vortrag über die künftige Arbeit der Arbeitgeberverbände sprach Dr. Längler u. a. von der Uebergangswirtschaft. In dieser Zeit werde „vielleicht in noch größerem Umfange als vor dem Kriege mit Arbeitskämpfen zu rechnen sein.“

funden haben, reicht völlig aus, um sich klarzumachen, von welchem Geiste die Versammlung beherrscht war. Es ist der alte unverfälschte Scharfmacherstandpunkt, der gelegentlich recht salbungsvolle Redensarten im Munde führt, aber sich gegen jeden sozialen Fortschritt mit Händen und Füßen sträubt.

Die Scharfmachersekretäre rechnen mit Arbeitskämpfen, die von den Gewerkschaften bereits angeklagt seien. Aber diese Ankündigungen haben nur die Abwehr gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im Auge, deren man sich seitens der Unternehmer versehen muß.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Einnahme im November.

Ueberschuß fanden ein: Kienöfen 1200, Berlin P 1000, Chemnitz 700, Berlin J 600, Berlin E, Fürth, Giebichenstein, Karlsruhe, Mannheim je 500, Berlin C, Breslau, Dresden-A., Düsseldorf, Frankfurt II, Würzburg II je 400, Berlin B, Charlottenburg, Lindenhal, Hörde, Lagerdorf, Neu-Ruppin, Ravensburg, Urm, Wesseling je 300, Emdenich, Kalf, Peterheim je 250, Bamberg, Bielefeld, Darmstadt, Cotta, Pieschen, Quisburg, Essen, Hamburg II, Herdecke, Langendiebach, Magdeburg, Neuhofen, Ruzpenheim, Starzberg, Untertürkheim, Rohrader, Worms, Würzen je 200, Hildorf 198.50, Berghofen, Baumshulzenweg, Biberach, Bobenheim, Gotha, Erfen, Neue Neustadt, Gatzburg, Urad je 150, Dortmund II, Regensburg je 130, Elmberg 120, Bidingen, Sülz, Cosmannsdorf, Dobrich, Eisenach, Fellbach, Gera, Heddesheim, Hockenheim, Jugenheim, Kadel, Al-Krognenburg, Kößchenbroda, Wübenheim, Wonsenheim, Markranstädt, Muggensburm, Schwerte, Solingen, Sübingen, Wilhelmshaven, Wilsdruff, Joffen je 100, Wiernshausen 85, Hedershausen 80, Neuenbürg 75, Segeberg 62.56, Burgdorf, Volkmarshausen, Coburg, Dinnwald, Herford, Kierchno, Schwarz, Waldheim je 50, Mühlheim a. W. 33, Wetterzeube 25, Wilhelmshausen 18 Wt.

Table with 2 columns: Description of contributions and amounts. Includes 'Summe der Zuschüsse', 'Beiträge von Einzelmitgliedern', etc.

Gesamteinnahme 23408,64 Wt.

Ausgabe im November.

Zuschuß erhielten: Gröschheim 500, Johannegeorgenstadt, Mündenheim je 400, Krosheim, Wiombach, Feudenheim, Söffenheim je 300, Wschaffenburg, Harleshausen, Outh, Dietesheim, Pflugstadt, Winten, Wizingen je 200, Brud, Diesdorf, Friedrichsdorf, Giltrom, Haan, Münnner, Seelbach, Volkstedt je 150, Bruchsal, Döbeln, Donzdorf, Gauselbach, Dorland, Dettingen, Reidsburg, Emsfeld, Gausbrücken, Stadtilm, Striegau, Vallendar je 100, Berchtesgaden, Burgstädt je 80, Oberbettringen 90, Berg-Clabach, Gorma, Drais, Mühlheim a. W., Roda je 50 Wt.

Table with 2 columns: Description of expenses and amounts. Includes 'Summe der Zuschüsse', 'Krankengeld an Einzelmitglieder', etc.

Gesamtausgabe 15263,18 Wt.

Gesamteinnahme 23408,64 Wt.

Gesamtausgabe 15263,18 Wt.

Zunahme des Vermögens 8145,46 Wt.

A. Hud., Hauptkassierer.

Ererbene Mitglieder. Wilhelm Rauch, Schneider, 46 J., gest. in Frankfurt a. M. Robert Gutschmidt, Schneider, 49 J., gest. in Schwabach. Wilhelm Kambecht, Tischler, gest. in Wittenhausen. Eine Wittig, gest. in Mühlberg a. P. Otto. Frau Staudt, Schneider, gest. in ...

Paul Friedr. Rich. Schmidt, Tischlermeister, gest. am 21. Oktober 1917 in Schwabach. Stühler für Bettarbeiten stellt sofort ein. Tischlermeister, Tischlermeister, Tischlermeister. Tischlermeister, Tischlermeister, Tischlermeister.

Ein bis zwei Vollgatterschneider gesucht. E. W. Friede Sohn, Holzindustrie, Riensburg-Weiser (Hannover).

Stuhlbauer finden Arbeit bei Deutsche Eismöbelwerke, Geringswalde-Hilmsdorf (Sachsen).

2 tüchtige Drechsler für sofort gesucht. H. Reiber, Flensburg, Annelburger Straße 6.

Korbmacher auf 60 - Liter - Ballone gesucht. Res. Hornig, Radewitz b. Dresden.

Bier Korbmachergejellen auf Geißhoßtorbe und Mattarbeiten finden Beschäftigung bei Franz Duffner, Greifenhagen.

Almanach 1918 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Taschenrechner für die Berechnungen und Mitglieder des Verbandes. Im Anhang des Verbandes-Verzeichnisses herausgegeben von Theodor Leinert.

Werkzeug - Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Das Kapital. Statt der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Volks-Nr. 768 E. Gebd. 6.50 Wt. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Gez.verband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with 7 columns: Location, and 6 sub-columns for different types of workers (Handwerker, Maschinenarbeiter, Polierere, Drechsler, Sonstige, Ausgew.). Rows list various cities like Berlin, Bremen, Breslau, etc., with counts for each category.

Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur bei vorerwähnter Arbeitsnachweise zu suchen.